

Allgemeine Informationen zur Umsetzung von Informationspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei der Erhebung von Daten

Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DSGVO

1. Verantwortlicher

Für die Datenerhebung und Verarbeitung zu abgabenrechtlichen Zwecken ist die Inselgemeinde Langeoog, Kämmererei, Zimmer 06, Hauptstraße 28, 26465 Langeoog, Tel. 04972/693142, E-Mail: steuern@langeoog.de, verantwortlich.

2. Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten folgende Daten von Ihnen:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben z. B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum und –ort, Abgabenummer, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Einnahmen (z. B. Arbeitslohn, Betriebseinnahmen, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Kapitalerträge, Renten)
- Ausgaben (z. B. Werbungskosten, Betriebsausgaben, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen)
- Familienstand und Kinder
- Bankverbindung
- Angaben über geleistete oder erstattete Abgaben
- Angaben über abgegebene Abgabenerklärungen und gestellte Anträge sowie Rechtsbehelfe.

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, z. B. durch Ihre Abgabenerklärungen, Mitteilungen und Anträge.

Darüber hinaus erheben wir Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

Beispiele:

Das Einwohnermelde- und Ordnungsamt übermittelt Daten über Gewerbeanmeldungen und Meldedaten, Behörden ermitteln Daten über Zahlungen und Verwaltungsakte, die Finanzverwaltung übermittelt Datensätze zur Veranlagung der Gewerbe- und Grundsteuer.

Können wir einen abgabenrelevanten Sachverhalt nicht mit Ihrer Hilfe aufklären, dürfen wir Sie betreffende personenbezogene Daten auch durch Nachfrage bei Dritten erheben (z. B. Auskunftersuchen an den Wohnungsgeber). Im Vollstreckungsverfahren können wir Daten bei Drittschuldnern (z. B. Kreditinstitut oder Arbeitgeber erheben.

Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen (z. B. aus Zeitungen, öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen) verarbeiten.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Durchführung von Besteuerungsverfahren, insbesondere zur Festsetzung, Erhebung und Beitreibung der Grund- und Gewerbesteuer, der Zweitwohnungssteuer, des Tourismusbeitrages, der Abwasserreinigungs-, Abfall-, Friedhofsunterhaltungs-, Kindertagesstättennutzungs- und Straßenreinigungsgebühren.

Beispiele zur Verarbeitung:

Die mit der Hundesteueranmeldung erhobenen Daten werden bei der Hundesteuerveranlagung verarbeitet.

Beispiel zur Weiterverarbeitung:

Die bei der Veranlagung der Grundsteuer genutzten Daten des Finanzamtes Wittmund werden entsprechend § 31 Abs. 3 AO für die Festsetzung der Abfallentsorgungs- und/oder Straßenreinigungsgebühr weiterverarbeitet.

4. Speicherfristen

Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für das Abgabenverfahren erforderlich sind. Maßstab hierfür sind die abgabenrechtlichen Verjährungsfristen (§§ 169 bis 171 Abgabenordnung sowie §§ 228 bis 232 Abgabenordnung).

Wir dürfen Sie betreffende personenbezogene Daten auch speichern, um diese für künftige abgabenrechtliche Verfahren zu verarbeiten (§ 88a Abgabenordnung).

Sie haben das Recht, der Datenverarbeitung zu widersprechen. Näheres erfahren Sie unter dem nachfolgenden Punkt „Rechte der betroffenen Person“.

5. Datenübermittlung an Dritte

Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem abgabenrechtlichen Verfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen (z. B. an Finanzgerichte, Verwaltungsgerichte oder andere Behörden) weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Beispiele:

Mitteilungen an Körperschaften des öffentlichen Rechts (z. B. Kammern und Innungen) zur Festsetzung von solchen Abgaben, die an Besteuerungsgrundlagen, Steuermessbeträge oder Steuerbeträge anknüpfen,

Mitteilung an andere Gemeinden zur Sicherstellung der korrekten Anmeldung von Hunden zur Hundesteuer.

Im Übrigen übermitteln wir Ihre Daten nur an Dritte, sofern eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis (z. B. nach den nach den oben genannten Rechtsvorschriften) besteht.

Ihre Daten können von uns zudem an externe Dienstleister (z. B. IT-Dienstleister, Unternehmen, die Daten vernichten oder archivieren, Druckdienstleister) weitergegeben werden, welche uns bei der Datenverarbeitung im Rahmen einer Auftragsverarbeitung streng weisungsgebunden unterstützen.

6. Rechte betroffener Personen

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit. Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 e) (Datenverarbeitung zur behördlichen Aufgabenerfüllung bzw. zum Schutz des öffentlichen Interesses) oder f) (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen) erhoben, steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihre Datenschutzrechte können Sie hier geltend machen:

datenschutz nord GmbH
Konsul-Smidt-Str. 88
28217 Bremen
datenschutz@datenschutz-nord-gruppe.de
Telefon: 0421/6966320

7. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Die Kontaktdaten der Datenschutzbehörden des Bundes (für die

Gewerbsteuer und die Grundsteuer) und der Länder (für alle übrigen Abgaben) finden Sie unter www.datenschutz.de/projektpartner/.

8. Hinweis auf ein Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 e) (Datenverarbeitung zur behördlichen Aufgabenerfüllung bzw. zum Schutz des öffentlichen Interesses) oder f) (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen) erhoben, steht Ihnen das Recht zu, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Bitte richten Sie den Widerspruch möglichst an: Inselgemeinde Langeoog, Kämmererei, Hauptstraße 28, 26465 Langeoog, steuern@langeoog.de.

9. Weitergehende Informationen

Weitergehende Informationen können Sie u. a. dem BMF-Schreiben zum Datenschutz im Steuerverwaltungsverfahren vom 12. Januar 2018 (siehe Bundessteuerblatt 2018 Teil I S. 183 und auf den Internetseiten des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Themen – Steuern – Steuerverwaltung & Steuerrecht – Abgabenordnung BMF-Schreiben/Allgemeines) entnehmen.